

Thorner Presse.



Bezugspreis
für Thorn und Vorkäbe frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig,
in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 50 Pf. monatlich, 1,50 M. vierteljährlich;
für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 M. ohne Bestellgeld.
Ausgabe
täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Katharinenstraße 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Anzeigenpreis
für die Beilagsblätter oder deren Raum 10 Pfennig. Anzeigen werden angenommen in
der Geschäftsstelle Thorn, Katharinenstraße 1, den Anzeigenbeförderungsgeschäften
„Invalidentank“ in Berlin, Kaasenstein u. Bogler in Berlin und Königsberg,
M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Anzeigenbeförderungsgeschäften des
In- und Auslandes.
Annahme der Anzeigen für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 1 Uhr nachmittags.

Nr. 93.

Freitag den 21. April 1899.

XVII. Jahrg.

Die erste Lesung der Kanal-Vorlage

Ist nach fünftägigen Verhandlungen zum Abschluß gelangt; es wird nun Sache der Kommission sein, die Sache weiter zu fördern. Der Eindruck, den die erste Verathung hinterlassen hat, eröffnet — das wird man nicht leugnen können — für die Vorlage keine günstigen Aussichten. Die Bedenken gegen das Kanalprojekt haben sich nur noch gehäuft, und selbst mancher der Kanalschwärmer hat, natürlich ohne es zu beabsichtigen, neue Argumente gegen das Projekt geliefert. So wird man nicht behaupten wollen, daß die „große“ Rede des Abgeordneten Richter geeignet gewesen sei, auch nur eines der vielen Bedenken zu erschüttern; sie hat vielmehr trotz ihrer „geistreichelnden“ Wichtigkeit die Position der Regierung nur verschlechtert.

So viele Redner, aus dem Hause sowohl wie vom Ministertische, sich im besonderen auch gegen die rein sachlichen Ausführungen des Grafen von Kanitz wendeten, vermochte doch keiner von ihnen, das, was der konservative Führer so anschaulich dargelegt hatte, auch nur annähernd zu entkräften. Besonders die krazigsten Kanalschwärmer der Linken operirten wieder nur mit Phrasen und allgemeinen Verdächtigungen, mit einer Taktik also, in der sie Meister sind. Gerade aus dieser Seite der Debatte war augenscheinlich zu erkennen, daß man um sachliche Gegenstände so verlegen wie möglich ist und am liebsten die Vorlage zwangsweise durchgehen möchte.

Die Linke ist eben bei jeder parlamentarischen Frage daran gewöhnt, sie zur Parteifrage zu machen und danach ihr Vorgehen einzurichten. So hat der Freisinn den Abgeordneten Gothein, ein Mitglied der Reichstagsfraktion, nicht in die Kommission entsandt, weil er als Schlesier ein Gegner der Vorlage ist; vielleicht „ermant“ man sich gar noch dazu, den „Reker“ aus den Reihen der „Linentragenden“ hinauszukomplimentiren. Keine parlamentarische Frage aber war jemals weniger geeignet, vom Parteistandpunkte behandelt zu werden, als das Kanalprojekt; und wenn die Linke mit der thöricht-

ten Behauptung, die „Agrarier“ seien die Missethäter, die den Entwurf aus grundsätzlicher Verkehrsgenugenschaft zum Falle bringen möchten, Geschäfte zu machen glaubt, so wird sie sich bitter täuschen.

Der konservative Abgeordnete Benschel erklärte ausdrücklich, seine Partei sei darin einig, daß die Vermehrung und Verbesserung der Verkehrswege unter den jetzigen Verhältnissen jedenfalls wünschenswerth sei. Er beschränkte sich aber nicht bloß auf diese allgemeine Erklärung, sondern betonte, daß bei den in Aussicht gestellten Frachtermäßigungen auf dem geplanten Kanal nur eine Minderheit von Staatsbürgern Vortheile zu verzeichnen haben würde; dagegen werden große Bezirke mit hunderttausenden von Einwohnern — namentlich die Montanreviere von Schlesien und Sachsen — eine Schädigung ihrer Erwerbsthätigkeit unabweisbar zu erwarten haben. Darum möge man — namentlich schon der raschen Hilfe wegen — die für den Kanal notwendigen Millionen für eine leistungsfähige Ausgestaltung des gesammten Eisenbahnnetzes und eine Herabsetzung der Gütertarife verwenden. Dann werden Freunde und Gegner des Kanals gleichmäßig die Segnungen einer solchen Verkehrsvermehrung empfinden, und die Regierung würde sich den Dank aller Staatsbürger verdienen, wenn sie auf diese Vorschläge eingehen wollte.

Zur Vorgeschichte der Dekoration des jüdischen „Afrikaforschers“ Dr. Esser erzählt Dr. Hans Wagner in einer seiner herausgegebenen Broschüren: Der schwerreiche Dr. Esser habe in den Kolonien hauptsächlich materielle Interessen verfolgt; um diese nachhaltig zu fördern, habe er Mitglied des Kolonialrathes werden wollen. Da ihn aber das Kolonialamt nicht haben wollte, sei Dr. Esser gleich an die höchste Instanz, an den Kaiser gegangen und habe die Aufmerksamkeit Seiner Majestät „zunächst durch verschiedene ehrenrührige Präzente“ zu erregen versucht; „Photographien aus seiner Afrika-Expedition, eine Büste Friedrichs des Zweiten u. s. w. wanderten ins Schloß“. Gleichwohl habe Dr. Esser sich zwei Jahre fast gedulden müssen, „bis endlich ein Mitglied der Hof-

gesellschaft sich seiner erbarmte und als unverantwortlicher Rathgeber beim Kaiser die Verdienste des Herrn Dr. Esser in das gehörrige Licht setzte“. Darauf wurde die Audienz bewilligt, und Herr Dr. Esser erhielt den Kronenorden zweiter Klasse. Dazu bemerkt die „Konf. Korrespondenz“: Wenn dem „Vorwärts“ diese Darlegungen des Herrn Dr. Wagner „völlig einwandfrei“ erscheinen, so ist er in dieser Meinung wohl durch seine Tendenz beeinflusst. Jeder, der ein wenig näher mit solchen Dingen Bescheid weiß, wird über diesen Klatsch die Achseln zucken. Daß „ehrfurchtsvolle Präzente“ für unseren Kaiser „ins Schloß wandern“ könnten, ist durch strikte Befehle, wonach keinerlei Geschenke für Seine Majestät angenommen werden, vollständig ausgeschlossen. So unzuverlässig wie diese Angabe wird wohl auch die von dem „unverantwortlichen Rathgeber“ sein.

Politische Tageschau.

Dem Abgeordnetenhaus ging heute der Gesetzentwurf betr. Begebung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in staatlichen Betrieben beschäftigter Arbeiter und gering besoldeter Beamter zu. In der Vorlage werden 5 Millionen M. gefordert.

Noch ein Ausführungsgezet zu den Reichsjustizgesetzen ist dem Abgeordnetenhaus unterbreitet worden: Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zur Grundbuchordnung. Der Gesetzentwurf umfaßt 33 Artikel. Die Grundbuchordnung vom 24. März 1897 überläßt die Bildung der Grundbuchämter, sowie die nähere Regelung ihrer Zuständigkeit der Landesgesetzgebung. Außerdem erweitert das Einführungsgezet zum bürgerlichen Gesetzbuch die Vorbehalte zu gunsten der Landesgesetze. Im Rahmen dieser Vorbehalte trifft der vorliegende Entwurf die zur Ergänzung der Grundbuchordnung erforderlichen landesgesetzlichen Vorschriften. Er beschränkt sich dabei im wesentlichen auf die Regelung derjenigen der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Fragen, welche in der preussischen Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 und in den späteren

Grundbuch-Einführungsgezetzen behandelt sind, läßt es nur aber insoweit, als sich gegenwärtig grundbuchrechtliche Vorschriften in Sondergesetzen finden, bei diesen Vorschriften bewenden. Die Artikel 1 bis 9 ergänzen die Grundbuchordnung in Bezug auf die Bildung, die Zuständigkeit und das Verfahren der Grundbuchämter. Die Artikel 10 bis 28 enthalten Vorschriften über die den Landesgesetzen vorbehaltenen Gebiete des Grundbuchrechtes. Die Artikel 29 bis 33 betreffen namentlich die Aenderung bestehender Gesetze, besonders der Kostenvorschriften für Grundbuchsachen, und die Aufhebung der geltenden Grundbuchgesetze.

Mitglieder aller Fraktionen des Abgeordnetenhauses verständigten sich gestern über Einbringung einer Resolution, welche die Regierung um Einbringung eines Gesetzentwurfes betreffend die Fürsorge für Arbeitslose ersucht.

Der Arbeitermangel macht sich nicht nur — allerdings in bedeutend höherem Grade — in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, namentlich aber im Kleingewerbe, sehr bemerkbar. Nach Mittheilungen, die der Berliner „Arbeitsmarkt“ aus 58 Verwaltungen aus dem Monat März veröffentlicht, kamen auf 100 offene Stellen diesmal nur 89,3 Arbeitssuchende, d. h. direkter Arbeitermangel. Und wenn auch dieses Verhältnis nur durch die weiblichen Abtheilungen in so hohem Grade herbeigeführt wird, so zeigen doch auch die männlichen Abtheilungen nur das äusserst knappe Verhältnis von 100,5 Arbeitssuchenden auf 100 ausgetretene offene Stellen, gegen 114,8 männliche Arbeitssuchende in dem entsprechenden schon sehr günstigen Monat des Vorjahres. Im einzelnen weisen im Vergleich zum Monat März vorigen Jahres 40 (+ 2 ausländ.) eine Abnahme von nur 14 (+ 2 ausländ.) eine Zunahme des Andranges auf, während bei einem (Erfurt) das Verhältnis gleich geblieben ist.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Das Urtheil der Presse und der Öffentlichkeit über die Baumannsche Schrift: „Afrikanische Galgensträßen“ ging

Glück auf!

Roman aus dem Sarje von D. Elser.

(Nachdruck verboten.)

(30. Fortsetzung.)

„Ja, aber einmal muß sie es doch erfahren.“
„Dazu wird später noch immer Zeit genug sein, wenn ich die Einwilligung meines Vaters erhalten habe.“

„Und Du wirst sie erhalten. Nicht wahr, mein geliebter John?“

John Lee lächelte in überlegener Weise und entgegnete:

„Das laß meine Sorge sein, my darling. Aber weshalb verdrängen wir die Zeit, welche uns für unser Alleinsein gewährt wird, mit solchen zwecklosen Gesprächen, laß uns lieber von unserer Liebe plaudern.“

Lieblosend zog er die nur leicht Widerstrebende in seine Arme und küßte sie zärtlich.

Dies Gespräch fand an einer verborgenen Stelle des Waldes statt, wo sich die Liebenden fast täglich trafen, seitdem Freda fortgegangen war. Ella wußte es stets so einzurichten, daß sie un beobachtet sich vom Hause entfernen konnte, was ihr um so leichter gelang, als Lante Lore seit einiger Zeit krankelte und öfter das Bett hüten mußte. John Lee wußte mit großer Gewandtheit und zärtlicher Biederkeit alle Bedenken zu zerstreuen. „Sieh, my darling,“ sprach er, „leider bin ich ja noch abhängig von meinem Vater, der es mir nie verzeihen würde, wenn ich mich ohne seine Einwilligung verlobte. Aber er wird ja schließlich gegen Dich, mein süßer Schatz, nichts einzuwenden haben. In einigen Wochen reise ich nach Hause, dann spreche ich mit meinem Vater und kehre hierher zurück, um Dich, meine Liebe, süße Braut als Herrin auf unser Schloß bei Glasgow zu führen. Sollten wir

nun so lange, bis ich die Einwilligung meines Vaters erhalten habe, steif und zurückhaltend an einander vorübergehen, obgleich wir uns von Herzen lieb haben? Das ist doch gewiß auch nicht Dein Wunsch, my sweet heart!“

Ella ließ sich nur zu gern überreden, liebte sie doch John Lee in der That und hielt es in ihrem verblendeten thörichten Herzen für sehr romantisch, so heimlich im Schatten des rauschenden Waldes mit dem Geliebten zusammenzutreffen. John Lee war aber auch der aufmerksamste Liebhaber, den man sich nur wünschen konnte. Nicht nur, daß er alles entzückend fand, was Ella sprach und that, nicht nur, daß er stets neue Schmeicheleien für die Schönheit Ellas wußte, so hatte er auch stets kleine Ueberraschungen in Gestalt von mehr oder weniger kostbaren Geschenken in Bereitschaft. Ella sträubte sich anfangs, diese Geschenke anzunehmen. Aber einen Ring mit prächtigen Brillanten, welche einen echten Rubin umgaben, brauchte sie doch nicht zurückzuweisen, und die Armspange mit Perlen und Diamanten verziet war so großartig schön, daß sie den Witten John's nachgab und auch dieses Geschenk annahm. Nachdem der Anfang gemacht war, hielt es für John Lee sehr schwer, Ella auch zur Annahme anderer Geschenke zu überreden. John Lee verstand so geschickt zu bitten, daß sie nicht zu widerstehen vermochte, und dann, er war ja so reich, daß ihm die Ausgabe für diese Geschenke durchaus keinerlei Schwierigkeiten bereitete. Der einzige Schmerz Ella's war, daß sie die kostbaren Geschenke noch nicht öffentlich tragen durfte, sondern daheim in ihr Schmuckkästchen einschließen mußte. Wenn sie jedoch des Abends allein in ihrem Zimmer saß, holte sie die Kostbarkeiten hervor, schmückte sich mit ihnen und freute sich über das bläuliche Auf-

blitzen der Diamanten und den matten Glanz der echten Perlen. Sie empfand über die Schmuckfachen um so größere Freude, als sie auf Befehl ihres Vaters die Geschenke Frederigo's bei Aufhebung der Verlobung hatte zurückschicken müssen. Außerdem waren die Geschenke John's für ihren Geschmack weit schöner, da sie mehr in das Auge fielen, während Frederigo's Geschenke stets seinem ernststen Charakter entsprachen hatten. Ella begriff jetzt überhaupt nicht, wie man Frederigo Prado hatte interessant finden können. Welch ein Unterschied zwischen ihm und John Lee! Frederigo mochte ein hübscheres Gesicht, schönere Augen und dergleichen Aeußerlichkeiten besitzen. Das war doch aber nicht die Hauptsache bei einem Mann! John Lee zeigte ein weit gewandteres weltmännisches Auftreten; er war wichtig, geistreich, ja vielleicht etwas leichtfertig, aber dafür ein Cavalier durch und durch und von einem Reichtum, von dessen Größe man sich in Deutschland kaum eine Vorstellung machen konnte. Und dieser Reichtum war fest begründet, nicht wie der Frederigo's, welcher auf so unsicheren Verhältnissen geruht hatte. Wenn John Lee von den Millionen erzählte, welche sein Vater in der englischen Bank liegen hatte, oder von den väterlichen Eisenwerken und Kohlengruben in Schottland, die tausende und abertausende von Arbeitern beschäftigten, dann ward es der armen Ella, welche in kleinen Verhältnissen aufgewachsen war, ganz schwindlig zu Sinne, und sie vermochte sich das Glück, ein die Mitbesitzerin dieser Reichtümer werden zu sollen, nicht herrlich genug anzumalen.

Ueber den Kräumen von einer glänzenden Zukunft vergaß Ella ganz und gar die Gegenwart. Sie merkte nicht, wie sich ihre Bekannten mehr und mehr von ihr zurückzogen;

sie sah die häßlichen Seitenblicke nicht, mit denen die anderen jungen Damen der Stadt sie musterten, sie sah aber auch nicht die beleidigende Vertraulichkeit, mit welcher die Studenten und Komilitonen John's sie auf der Straße grüßten. Als Freda noch bei ihr gewesen, war man ihr allerorts mit jener achtungsvollen Freundlichkeit entgegengekommen, welche man einer jungen, hübschen und liebenswürdigen Dame gegenüber zu zeigen pflegt. Das war, wie gesagt, anders geworden, doch Ella merkte es entweder nicht, oder sie setzte sich in ihrem Leichtsinne darüber hinweg.

Aus dem Tannel des Glückes und der Leidenschaft sollte sie indessen gar plötzlich erweckt werden. Von Freda hatte sie, seitdem jene sie verlassen, noch keinen Brief erhalten. Um so erstaunter war sie, als nach längerer Zeit ein Brief ihrer Cousine ihr von dem alten Mertens aus „Glück auf“ überbracht wurde. Hastig öffnete sie den Brief, aus dem ihr zwei Schreiben entgegenfielen. Das eine, nur wenige Zeilen enthaltend, war von Freda und lautete:

Liebe Ella!

Ich habe heute Morgen den anliegenden anonymen Brief erhalten, welcher sich mit Deinen Angelegenheiten sehr eingehend beschäftigt. Ich sende Dir den Brief, da Du selbst am besten wissen wirst, was Du zu thun hast. Wie ich über dergleichen Angelegenheiten denke, brauche ich Dir wohl nicht weiter aneinanderzusetzen. Mit bestem Gruß an Onkel und Tante Lore.
Deine Cousine Freda.

Ella erschrak heftig. Aber eine tiefe Blässe überzog ihre Wangen, als sie das anliegende anonyme Schreiben durchsah. Sie erahnte daraus, daß ihr Verhältnis mit John Lee, welches sie vom tiefsten Geheimniß umhüllt

ist einstimmig dahin, daß die Verdächtigungen deutscher Kolonialbeamter und Offiziere auf tatsächlichen Grundlagen nicht beruhen könnten, daß vielmehr aus dem kühnsten frivolen und gehässigen Ton der Darstellung schon zur Genüge auf den Grad der Glaubwürdigkeit des Verfassers zu schließen sei und demnach die ganze Angelegenheit eine weitere Beachtung nicht verdiene. Indessen haben auf amtliche Anweisung an der Hand der Schmähchrift durch das Gouvernament in Dar-es-Salaam eingehende Erhebungen — soweit solche mangels bestimmter, von Baumann wohlweislich verschwiegener Anhaltspunkte überhaupt möglich waren, stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, daß auch nicht der geringste Anlaß zu derartigen Verdächtigungen deutscher Beamter in Ostafrika vorliegt. Als eine absolute Unwahrheit stellt sich die Baumann'sche Behauptung dar, daß sich zu den Ende 1895 aus Anlaß der Hochverratsprozesse im Aufstand des Hassan bin Omar vollzogenen Hinrichtungen in Kilwa Amateur- und Berufsphotographen eingefunden hätten. Wie stets bei solchen Exekutionen, war denselben auch damals das Betreten des Richtplatzes unterjagt. Als einziger „Gardeleutnant“ wohnte der Vollstreckung damals der Leutnant A. D. v. Wismann als Adjutant des Gouverneurs bei. Über weder leitete er die Exekution, noch ist der ihm von Baumann in den Mund gelegte Auspruch jemals gefallen. Ebenso ist die Behauptung Baumanns, in Kilwa seien die zum Henken benutzten Stricke unter der Rubrik „Verwirthung fremder Gäste“ gebucht, wie der frühere Bezirkshauptmann Frhr. von Eberstein ausdrücklich amtlich erklärt hat, eine böswillige Erfindung. Wie D. Baumann selbst bei Abfassung seiner Schrift von dieser dachte, erhellt aus seiner eigenen Erklärung, daß sein Werk nichts weiter als ein humoristischer Feuilletonartikel sein sollte. Wie weit diese Absicht dem Verfasser, der inzwischen geistig und körperlich erkrankt sein soll, gelungen ist, braucht wohl nicht mehr erörtert zu werden.“

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Dr. Arons hat die ganze demokratische und sozialdemokratische Presse mobil gemacht. Die Phrase von der „Lehrfreiheit“ der Professoren und Privatdozenten wird wieder einmal bis zum Ueberdruß breitgetreten. Daß aber ein Univeritätslehrer eine ihm vom Staate zuerkannte Autorität genießt, auf die er auch außerhalb seines Berufes Rücksicht zu nehmen hat, wird freilich ignorirt. Dr. Arons ist einer der anerkannten Führer und Förderer der Sozialdemokratie; er ist wiederholt als Redner und als Delegirter der Partei aufgetreten. Da die Regierung nun glücklicherweise mit der Fiktion, die revolutionäre Sozialdemokratie sei eine den übrigen politischen Organisationen gleichberechtigte Partei, gebrochen hat, ist es ganz selbstverständlich, daß sie von einem staatlich privilegierten Lehrer nicht

glaubte, in der Stadt allgemein bekannt zu sein schien. Der anonyme Briefschreiber sprach wenigstens stets von der Gesellschaft des Städtchens, welche sich über Elsas Benehmen skandalisirte. Ella habe sich in der Gesellschaft unmöglich gemacht, und nur „eine öffentliche Verlobung mit John Lee könne ihren Ruf wieder herstellen. Man bedauere Ella allgemein, daß sie sich von dem als gewissenlosen Lebemann bekannten Engländer zu solchen unüberlegten Schritten habe hinreißen lassen, denn man habe Ella wegen ihrer Liebenswürdigkeit stets sehr gern gehabt, aber man müsse verlangen, daß sie jetzt dem Verhältniß zu John Lee auf die eine oder andere Weise ein Ende mache. Man wisse, daß Fredda einen sehr günstigen Einfluß auf ihre Koufine ausübe, deshalb wende man sich an sie, solange überhaupt noch Abhilfe zu schaffen sei. Ella schluchzte laut auf, als sie zu Ende gelesen hatte. Es war sicherlich nicht wahr, was in demselben über John Lee gesagt war, aber sie mußte doch anerkennen, daß der Briefschreiber in einer Beziehung recht hatte, nämlich daß ihr Verhältniß zu John Lee auf die Dauer unhaltbar war, wenn es nicht die Sanktion der Öffentlichkeit erhielt. John Lee hatte Unrecht gethan, sie solange hinzuhalten, und gleich bei der heutigen Zusammenkunft wollte sie mit John ernsthaft sprechen.

Dieser war anfangs ebenfalls sehr überrascht, als Ella ihm den anonymen Brief überreichte und ihn mit vorwurfsvollem und traurigem Blick ansah. Sie hatte das Vertrauen zu ihm, daß er sie von dem Verdacht der Leichtfertigkeit, welchen sie durch das Eingehen auf ein heimliches Liebesverhältniß auf sich geladen hatte, in kürzester Frist befreien werde. Sie sagte indessen kein Wort, sondern hing nur mit bittendem Blick an seinem Antlitz, das sich in ärgerliche Falten gelegt hatte.

buldet, daß er gegen den Bestand dieses Staates wühle und hebe.

Der P a p s t empfing am Dienstag nach dem „Vol.-Anz.“ den deutschen Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Freiherrn von Hertling.

Ueber die spanischen Kammervahlen liegen abschließende Zahlen nicht vor. Der Führer der Republikaner Castelar, der in Murcia gewählt worden ist, hat seinen Freunden angezeigt, daß er sich moralisch für geschlagen erachte und sein Mandat niederlege. — Inzwischen hat die russische Regierung eine unzweideutige Abgabe an die Carlisten ertheilt. Der bei einem russischen Regiment stehende Don Jaime, Sohn des Don Carlos, ist nach der „Nat.-Ztg.“ vor einigen Tagen aus dem Auslande nach Warschau zurückgekehrt. Bekanntlich war Don Jaime, der als carlistischer Prätendent viel ernst zu nehmen ist, als sein Vater, vor kurzem von Cannes aus nach Paris gegangen, hatte dort Fühlung mit den Begünstigern der carlistischen Bestrebungen gesucht und Anstalten getroffen, um sich unangefällig der spanischen Grenze zu nähern. In diesen Vorbereitungen hat ihn der Befehl, zu seinem Regiment nach Warschau zurückzukehren, offenbar gestört.

An dem Grubenarbeiter-Ausstand im Becken von Mons beteiligten sich am Dienstag 10 000 Arbeiter. Im Kohlenbecken von Charleroi waren am Dienstag etwa 12 000 Mann ausständig. Gendarmen und Jäger zu Fuß patrouilliren im Ausstandsgebiete. Im Bassin du Centre hat der Ausstand ebenfalls begonnen; bis jetzt haben etwas über 1000 Mann die Arbeit niedergelegt.

Bezüglich der Tongafrage erklärte der Unterstaatssekretär Brodrick am Dienstag im englischen Unterhause auf die Frage, ob die Regierung in jüngster Zeit neue Verantwortung für die Tonga-Inseln übernehmen habe, daß die englische Regierung keinerlei Ermächtigung zu einem Vorgehen in Betreff der Tonga-Inseln ertheilt habe.

Wegen der chinesischen Angriffe gegen die Engländer in Kaulung interpellirte Lord Vereford am Dienstag die Regierung im englischen Unterhause, ob sie angesichts der Vorgänge in Kaulung beabsichtige, die Bestimmung des Abkommens mit China zu benutzen, welche die Aufhebung der chinesischen Verwaltung daselbst gestattet, falls militärische Rücksichten es erforderlich machen. Der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain erwidert, der Gouverneur von Hongkong habe telegraphisch gemeldet, der Widerstand hänge wahrscheinlich mit der geheimen Gesellschaft Triad zusammen, die in dem Nachbardistrikt viele Anhänger haben solle, aber an dem Angriffe habe auch mit Gewehren ausgerüstete Miliz in Uniform theilgenommen. Gestern habe ein weiterer Angriff stattgefunden, wobei zwei Geschütze genommen worden seien. Auf britischer Seite seien keine Verluste gewesen. Die zu Tage getretene Feindseligkeit und die zweifelhafte Haltung der chinesischen Be-

„Die dummen Leute,“ fuhr er dann los, „mit ihrem einfältigen Geschwätz! Was sollen wir nun beginnen?“

„Wenn Du mit meinem Vater sprechen wolltest,“ entgegnete Ella schüchtern, „so wäre ja alles in bester Ordnung.“

„Ja, und nachher käme mein Vater und sagte, nein. Dann wären wir wieder auf demselben Standpunkt angelangt. Aber meine nicht, my darling, ich werde mir die Sache überlegen und Dir morgen Nachricht schicken. Dem albernem Geschwätz der Leute muß allerdings eine Ende gemacht werden.“

Traurig kehrte Ella nach Hause zurück, traurig, aber doch nicht hoffnungslos, denn ihr Vertrauen zu dem Geliebten war noch nicht wankend geworden. Als sie indessen am andern Mittag einen Brief Johns erhielt, der ihr unter Betherungen seiner Liebe meldete, daß eine Depesche seines Vaters ihn zur schleunigen Abreise genöthigt habe, da brach sie in ein fassungsloses Schluchzen aus. Kaum vermochte sie den Brief zu Ende zu lesen und neue Hoffnung aus den letzten Worten desselben zu schöpfen, welche lauteten: „Und nun sei guten Muthes, my dear sweet heart, ich werde meinen Vater in Hamburg, wo er sich Geschäfte halber einige Tage aufhält, treffen und ihm sagen, daß wir uns lieben. Dein süßes Bild, welches ich stets auf meinem Herzen trage, wird auch meinem Vater gefallen, er wird unserm Glück nicht im Wege sein und vielleicht selbst mit mir zurückkommen, um Dich, meine liebe, süße Braut, kennen zu lernen. Dann wird alles gut werden, und die Pastermäuler der Leute werden schon verstummen.“

Diese Worte gossen neuen Trost in Elsas bekümmertes Herz, und sie wartete geduldig auf einen weiteren Brief des Geliebten.

(Fortsetzung folgt.)

hörden machten eine sorgfältige Erwägung der dortigen Lage nothwendig. — Am Dienstag Abend ist noch eine Kompanie des Hongkong-Regiments nach Taihu gesandt worden. — Die Truppen rücken in der Richtung auf Deep Bai vor, um die Gegend unter Mitwirkung der Kanonenboote zu säubern.

Ueber die Lage auf den Philippinen erhielt Marine-Sekretär Long am Dienstag vom Admiral Dewey ein verstümmeltes Telegramm, nach welchem am 12. d. M. ein Kriegsschiff nach der Ostküste von Luzon abgegangen ist, um einer kleinen spanischen Abtheilung, bestehend aus 80 Soldaten, 3 Offizieren und 2 Priestern, welche von 400 Filipinos eingeschlossen waren, zu Hilfe zu kommen und dieselben aufzunehmen. Aus dem Texte des verstümmelten Telegramms scheint weiter hervorzugehen, daß ein amerikanischer Leutnant und eine kleine Truppenabtheilung in einen Hinterhalt gerathen sind.

Deutsches Reich.

Berlin, 19. April 1899.

— Se. Majestät der Kaiser hat sich heute Vormittag nach der Wartburg zur Jagd begeben.

— Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin wohnten Dienstag Abend im königl. Opernhause der ersten Aufführung der Oper „Mudarra“ bei, wozu sich auch eine große Anzahl von Damen und Herren der Hofgesellschaft und des diplomatischen Korps eingefunden hatten. Der Komponist der Oper Leborne wurde nach Schluß der Vorstellung vom Kaiser in der Loge empfangen. — Mittwoch Morgen nach 10 Uhr fuhr der Kaiser nach dem Potsdamer Bahnhofe, um sich nach der Wartburg zur Jagd zu begeben.

— Der Kaiser trifft am 5. Mai mit Familie in Schloß Urville ein und gedeckt eine Woche daselbst zubringen. Die Kaiserin wird mit den drei jüngsten Prinzen und der Prinzessin bereits am 3. Mai in Urville anlangen.

— Die Kaiserin Friedrich ist Mittwoch Vormittag von Venedig nach Verona abgereist.

— Das württembergische Königspaar stattete am Mittwoch Vormittag der Kaiserin im Schloß zu Berlin einen Besuch ab.

— Der König und die Königin von Württemberg wohnten gestern der Taufe der am 10. März geborenen Tochter des Prinzen und der Prinzessin zu Sachsen-Altenburg bei.

— Durch einen Sturz vom Pferde hat Mittwoch Morgen Major v. d. Rnebeck, der Kommandeur des 1. Bataillons des Garde-Füsilier-Regiments, in der Gaussestraße einen Unfall erlitten. Beim Ausmarschieren des Bataillons schenkte sein Pferd. Der Major stürzte herab und brach ein Bein.

— Major von Wismann wird, wie die „Nordh. Ztg.“ mittheilt, Anfang Mai aus Südafrika in Lauterberg a. S. bei seiner dort wohnenden Mutter eintreffen.

— Das Befinden des Erzbischofs Krementz von Köln hatte sich, wie die „Köln. Volksztg.“ berichtet, im Laufe des Dienstags nachmittags so verschlimmert, daß man für sein Leben Befürchtungen hegte. In den späten Abendstunden konnte eine leichte Besserung in dem Befinden festgestellt werden. Es handelte sich um einen Fieberanfall, welcher eine vorübergehende Schwächung der Kräfte hervorrief, jedoch von dem sofort erscheinenden Hausarzte als durchaus nicht unmittelbar lebensgefährlich erklärt wurde. — Der Fieberanfall führte Dienstag solche Schwäche herbei, daß der Erzbischof um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr abends mit den Sterbesakramenten versehen wurde. Zwei Stunden später machten die Aerzte nochmals dem Kranken einen Besuch und fanden ihn etwas ruhiger. Die Aerzte befürchteten eine Wiederholung des Anfalles, der bei dem hohen Alter, sowie dem stetigen Kräfteverfall des Kirchenfürsten zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß geben könnte.

— Die Kommission des Reichstages zur Verathung der Postnovelle beriet die Bestimmung betr. die Beförderung von Briefen und politischen Zeitungen durch expresse Boten oder Fuhrer (§ 2 des Art. II). Die Bestimmung wurde nach längerer Debatte mit 20 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Abgg. Haff, Singer und Müller-Sagan zogen daraufhin ihre Anträge zu diesem Paragraphe zurück.

— Die Kommission des Abgeordneten-Hauses zur Vorberathung der Kanalvorlage hat sich heute nachmittags konstituirte. Zum Vorsitzenden wurde der Abg. Frhr. von Eynern (natlib.) und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abg. Letocha (Str.) gewählt. Die Kanalkommission zählt unter ihren 28 Mitgliedern 14 Konservative und Freikonervative, 7 Zentrumsmitglieder, 5 Nationalliberale und 2 Freisinnige.

— Der Verband der Krefelder Sammetfabrikanten beschloß am Mittwoch, die Fabriken

zu öffnen, um den Arbeitswilligen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Die Arbeit wurde auch schon in verschiedenen Fabriken aufgenommen.

— Wie aus Hamburg gemeldet wird, theilt Abg. Rechtsanwält Vielhaben (Reformpartei) durch Rundschreiben mit, daß er sein Reichstagsmandat für den Wahlkreis Rassel-Hofgeismar-Kinteln aus Geschäftsrücksichten niederlegt. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ gilt der bei der letzten Wahl in Dresden gegen einen Sozialdemokraten unterlegene frühere antisemitische Abg. Zimmermann als wahrscheinlicher Kandidat der deutschsozialen Reformpartei in Kinteln-Hofgeismar. Hier war Vielhaben im Juni mit 6035 gegen 2762 sozialistische, 287 Zentrum, 130 nationalliberale und 117 Stimmen der heftigsten Rechtspartei bei 21 357 Wahlberechtigten gewählt worden.

— Nach dem „Vorw.“ hat die Zwangsinnung der Schuhmacher in Freiburg i. Br. als Obermeister den ersten Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landesorganisation, Genossen Friedrich Haug, erwählt.

— Im Monat März hat die Beförderung deutscher Auswanderer über deutsche Häfen 1407 (i. S. 1898 1679), über fremde Häfen 287 (313) betragen. Aus deutschen Häfen wurden außerdem noch 11 360 Angehörige fremder Staaten befördert. Davon gingen über Bremen 6622, Hamburg 4738.

Altona, 19. April. In einer Versammlung der ausständigen Schneidergesellen wurde gestern die Aufhebung des Ausstandes beschlossen.

Provinzialnachrichten.

? Culme, 19. April. (Besitzwechsel. Straßenregulirung.) Die in der Wilhelmstraße belegene, dem Hausbesitzer Paul Sauer gehörige Adressbarzelle hat der Lehrer Chybronski für 3850 Mark käuflich erworben. Derselbe beabsichtigt, sich darauf ein Wohnhaus zu errichten. — Eine Regulirung der neu angelegten Wiesen- und Johannisstraße soll jetzt stattfinden. Die Abgrenzung der Bürgersteige, sowie die Pflasterung derselben wird in Kürze vorgenommen werden. Die Klinksteine werden mit Bordsteinen, welche jetzt zur Anfuhr kommen, versehen.

Sollub, 17. April. (Verschiedenes.) Die städtischen Behörden haben beschlossen, dem sich hier niederlassenden Baugewerksmeister für die Wahrnehmung der Thätigkeit eines Stadtbaumeisters eine jährliche Vergütung von 400 Mark zu zahlen. — Seit etwa 8 Tagen haben Tausende von Arbeitern aus Ausland, die theils nach Amerika auszuwandern, theils in Preußen Arbeit nehmen wollen, den hiesigen Grenzübergang passiert. Täglich werden Auswanderer-Trupps durch die Polizei nach der Kontroll-Station Dittloschin gebracht. — In der Hauptversammlung der Schützenvereine wurden folgende Herren in den Vorstand wiedergewählt: Müller-Stemmler zum Vorsitzenden, Kopitzki zum Schriftführer, Zuchler zum Kassirer, S. Lewin und Geier zu Beisitzern.

Strasburg, 19. April. (Besitzwechsel. Niederstafel.) Die Landbank in Berlin hat das 3500 Morgen große Herrn Rittergutbesitzer von Egon gehörige Gut Slogowo im Kreise Strasburg an der neuen Bahnstrecke Sollub-Strasburg bei Bahnhof Malten für den Preis von 800 000 Mk. gekauft. — Die Liebertafel wählte gestern in ihren Vorstand die Herren Rektor Sallet zum Vorsitzenden, Hauptlehrer Lowasser zum Dirigenten, Stadtschreiber Heinrich, Gerichtsaktuar Freder und Kreisassistenten v. Dobrowolski. Das Grenzgaugängerfest findet hier am 11. Juni statt.

Totalnachrichten.

Thorn, 20. April 1899. — (Kaiser Wilhelm - Denkmal in Thorn.) Der große Denkmals-Ausschuß hielt gestern Abend im Spiegelgalee des Rathshofes eine Sitzung ab, zu welcher auch jeder Freund der Sache aus der Bürgererschaft eingeladen war. Die Versammlung war zahlreich besucht. In Vertretung der behinderten beiden Vorsitzenden des engeren Ausschusses führte Herr Amtsgerichtsath Jacobi den Vorsitz. Der Ausschuß ist mit dem Bildhauer Georg Meher in Steglitz in Verbindung getreten, welcher drei Gipsmodelle von Denkmälern Kaiser Wilhelm I. angefertigt hatte. Herr Meher erläuterte zu Beginn der gestrigen Sitzung die Entwürfe. Bei den beiden vom Ausschuß zunächst in Betracht gezogenen Entwürfen besteht das Denkmal aus einem hohen Postament und der Figur des Kaisers, die in Ueberrod und mit Helm, in der Hand den Marschallstab darstellt. Bei Ausführung des Postaments aus Granit und der Figur aus Bronze stellt sich der Preis auf 20 000 Mark, wozu die Kosten für Fundamentirung, Aufstellung, Schmückung des Denkmalsplatzes und der Einweihungsfeier hinzukommen. Aus dem Ausschuß wurde der Wunsch ausgesprochen, daß an dem Sockel die Brustbilder von Bismarck, Moltke und Roon angebracht werden. Der zweite Entwurf stellt dasselbe Denkmal mit Adler an den Ecken des Postaments dar, welche den Preis um einige tausend Mark erhöhen. Ein dritter Entwurf zeigt das Denkmal mit einem zu beiden Seiten bedeutend erweiterten Unterbau, durch den sich der Preis auf 45 000 Mark verteuert. Auf eine Anfrage aus der Versammlung machte Herr Meher auch Preisangaben über Reiterstandbilder. Ein Reiterstandbild sei schon für 45 000 Mark zu haben, aus Bronze stelle sich der Preis auf 55 000 Mark, wozu die Nebenkosten kommen. Eine weitere Anfrage beantwortete Herr Meher dahin, daß nur Originaldenkmäler aufgestellt werden, da andere garnicht genehmigt werden. Nachdem Herr Meher die Erläuterung gegeben, verließ er den Sitzungssaal und die Versammlung trat in eine allgemeine Besprechung ein. Herr Amtsgerichtsath Jacobi bemerkte, dem Ausschuß komme es darauf an, die Stimmung in der Bürgererschaft kennen zu lernen über das, was man in der Denkmalsangelegenheit wünsche. Beschlüsse sollten noch nicht gefaßt werden. Herr Schornsteinermeister Fuchs erklärte sich für ein

Reiterstandbild. Herr Handelskammerpräsident Schwarz hat nachmals, den Termin für den Schluss der Sammlung noch nicht festzulegen. Bei der Abfassung wurde der Antrag des Herrn General v. Reizenstein fast einstimmig angenommen. Damit schloß die allgemeine Besprechung. Herr Amtsgerichtsrath Jacobi berichtete darauf über die Thätigkeit des Ausschusses. Es sind Konzerte und Theateraufführungen veranstaltet worden, welche letztere aber nur sehr schwach besucht waren. Jetzt ist die Viedertafel um die Veranstaltung eines Konzertes gebeten worden. Herr Handelskammerpräsident Schwarz berichtete ferner über den Stand der Kasse, welcher Bericht sich mit der letzten Veröffentlichung der eingegangenen Beiträge deckt. Der Denkmalsfonds beläuft sich zur Zeit auf 11200 Mk. Einige 100 Mk. hat außerdem Herr Oberbürgermeister Dr. Kohn in einem Sparkastenbuch angelegt. Bei der Besprechung über die weiteren Schritte ermahnte Herr Amtsgerichtsrath Jacobi, die Jahresfrist, die nur für die Sammlung noch bliebe, kräftig auszunutzen. Alle Freunde der Sache müßten den Anstoß bei seiner Arbeit unterstützen. Für den Winter sei von militärischer Seite eine Liebhabertheateraufstellung angelegt. Herr Landgerichtspräsident Hausleutner empfahl, nach dem Beispiel in anderen Orten die Unterföschung auswärts wohnender Thurner, die in guter Vermögenslage sind, für die Denkmalsache zu gewinnen. Herr Pfarrer Jacobi vom Denkmalsauschuss dankte für den Hinweis. Erst bei der Göttinger Sammlung habe man gesehen, mit welchen Freuden alte Thurner an ihrer Vaterstadt hängen. Herr Maercker bemerkte, daß der erste Beitrag für das Denkmal, 50 Mk., von einem ehemaligen Offizier der Garnison Thorn gesendet wurde. Der Vorkitzende empfahl dann noch für Donnerstag Abend den Besuch des Rathstellers, wo Bierbränden zweier Brauereien zum Besten des Kaiser Wilhelm-Denkmal zum Zuschau kommen. Schließlich wurde noch die Platzfrage für das Denkmal erörtert, ohne daß jedoch diese Erörterung irgend ein Ergebnis hatte. Herr Amtsgerichtsrath Jacobi: Der Wilhelmplatz würde sich sehr gut eignen, er sei nur etwas entlegen. Den Platz vor der Kirche finde Herr Meher für sehr gut. Am Rathshaus, vor der altstädtischen Kirche dürfte aber das Denkmal vielleicht mehr im Sinne der Bürger liegen. Herr General v. Reizenstein: Wenn die Weichselmauer niedergelegt würde, gebe die Bankstraße einen guten Platz. Herr Stadtmann Maercker: Herr Stadtmann Schulze sei dafür gewesen, den Denkmal einen Platz am alten Schloß zu geben. Auch der Platz am Bromberger Thore könnte in Frage kommen. Herr Generalmajor Rasmussen bemerkte, die Aufstellung eines Reiterstandbildes würde auf dem Wilhelmplatz kaum möglich sein, denn auf der Seite gegenüber der Kaserne könnte man es doch nicht aufstellen, wenn auch Kaiser Wilhelm I. gewiß ein Soldatenkaiser gewesen sei. Um 10 Uhr erfolgte der Schluss der Sitzung.

(Personalveränderungen in der Garnison) von Kettberg, Oberleutnant im 3. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 162, als Adjutant zum Gouvernement von Thorn kommandirt; Pohlmann, Major im Infanterie-Regiment Nr. 15, unter Stellung à la suite des genannten Regiments, zum Direktor der 1. Artillerie-Depot-Direktion in Posen ernannt; Studensmidt, Oberleutnant im Infanterie-Regiment Nr. 11, als Adjutant zur 4. Infanterie-Brigade in Straßburg i. E. kommandirt; Schenckmeyer, Hauptmann im Infanterie-Regiment Freier Hillen von Gaertringen (4. Posensches) Nr. 59 und Adjutant des Gouvernements von Thorn, der Abschied bewilligt. Dähne, Major im Stabe des Infanterie-Regiments Nr. 15, zum Bataillonskommandeur ernannt; Sauer, Hauptmann im Infanterie-Regiment Nr. 15, zum Major befördert.

(Gottesdienst für Taubstumme.) Herr Pfarrer Jacobi, welcher vor einiger Zeit einen mehrtägigen Kursus an der Taubstummen-Anstalt zu Marienburg absolviert hat, um sich die Umgangssprache anzueignen, wird hier in Thorn, am Sonntag den 23. d. Mts. nachmittags 2 Uhr im Konfirmandenzimmer des Altstädtischen evangelischen Pfarrhauses, Bäderstraße Nr. 20 einen Gottesdienst für evangelische Taubstumme abhalten. Es ist dies der erste Gottesdienst dieser Art, welcher in Thorn für Taubstumme abgehalten werden wird. Im Interesse der guten Sache und des für sorgfältigen Bemühens des Herrn Pfarrer Jacobi werden sämtliche in Thorn und Umgegend anständige evangelische taubstumme Personen gebeten, zu diesem Gottesdienste vollständig zu erscheinen, denn von der Zahl der Erschienenen wird die Beibehaltung dieser Gottesdienste abhängig sein.

(Sitzung der Thurner Handelskammer vom 18. April.) Der Vorsitzende begrüßt zunächst die aus den neu angegliederten Kreisen Culm, Wiesen, Strasburg und Löbau erscheinenden Mitglieder und spricht die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken aus, welche bei der vorhandenen Gemeinsamkeit der Interessen sicherlich zu erwarten sei. Die Handelskammern seien zwar in der Hauptsache nur beratende Körperschaften, doch könnten sie, falls sie ihre Aufgaben stets eifrig und sachlich zu lösen suchen und immer die Förderung des Gemeinwohls im Auge haben würden, höchst segensreich für ihre Bezirke wirken. Er bittet die älteren Mitglieder, sich zur Begrüßung der Neueingetretenen von ihren Plätzen zu erheben, wofür in deren Namen Herr Brauereibesitzer Bauer aus Briesen dankt.

Zur Kenntnis der Kammer wird sodann eine Mitteilung des Handelsministers gebracht, wonach im Interesse deutscher Gläubiger künftig im nichtamtlichen Theile des deutschen Reichsanzeigers unter der Rubrik Handel und Gewerbe regelmäßige Mitteilungen über die in Serbien, Rumänien, Bulgarien, Galizien und der Ostwolina eintretenden Kontursfälle zur Veröffentlichung kommen werden. — Infolge eines Sitzungsbeschlusses der Vereinigung der östlichen Handelskammern haben die Kammern zu Breslau und Posen eine an den deutschen Handelstag gerichtete Eingabe über eine Verbilligung der Preßtelegraphen ausgearbeitet. Die Breslauer Handelsvertretung soll ermächtigt werden, auch die Unterchrift der diesigen Kammer unter den Antrag zu setzen. — Durch die Erweiterung der Handelskammer ist eine Abänderung des Wahlstatuts nötig geworden. Der vorgelegte Entwurf wurde genehmigt und ist nun dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe gemäß

§ 10 Absatz 2 des Gesetzes über die Handelskammern zur Genehmigung einzureichen. Nach diesem Entwurf soll die Kammer künftig den Namen „Handelskammer zu Thorn“ führen, deren zwanzig Mitglieder in den einzelnen Kreisen, die gleichzeitig die Wahlbezirke bilden, derart gewählt werden sollen, daß der Wahlbezirk Thorn 12 Mitglieder und die Wahlbezirke Briesen, Culm, Löbau und Strasburg je 2 Mitglieder wählen. Bei den ersten beiden Ergänzungswahlen sollen je 6, bei der dritten 8 Mitglieder ausgeschieden und die ersten Ergänzungswahlen bereits Ende 1899 stattfinden. — Der gleichfalls vorgelegte Entwurf einer Geschäftsordnung wurde mit einigen kleinen Abänderungen angenommen. Die Geschäftsordnung tritt nach § 37 des Handelskammergesetzes sofort in Kraft und ist nur dem Herrn Regierungspräsidenten zur Kenntnisnahme mitzutheilen. — Zu den Unterhaltungskosten der kaufmännischen Fortbildungsschule in Thorn, soweit sie nicht durch den Staatszuschuß, die Schulbeiträge der Kaufleute und den Zuschuß der Stadt Thorn gedeckt werden, wird die Kammer einen jährlichen Beitrag bis zur Höhe von 500 Mark geben. — Es wurde sodann über den Gesetzentwurf, betr. Abänderungen von Bestimmungen über das Postwesen, über den Entwurf einer Fernsprechnetzordnung und die beabsichtigte Abänderung der Gewerbeordnung referirt. Gegen die in dem erstgenannten Entwurf enthaltene Reform des Posttarifs ist die Kammer schon vor einiger Zeit vorstellig geworden; im übrigen steht sie davon ab, zu den Entwürfen Stellung zu nehmen. — Ein Antrag des Herrn Radwiski auf Erbauung eines neuen Lager-schuppens am Hauptbahnhofe wurde an die Baukommission verwiesen.

(Der Ruderverein) hält heute Abend 8^{1/2} Uhr im Völschen Lokale eine Generalversammlung ab.

(Thurner Viedertafel.) In der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung fand die Wahl des Vorstandes statt. An Stelle des nach Berlin verzogenen Herrn Landgerichtsdirektor Geheimrath Borowski wurde Herr Stadtrath Dietrich zum Vorsitzenden und für ihn Herr Apothekenbesitzer Jacob zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ferner wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder Herren Gar, Giffon, Kopczynski und Wendel wieder- und die Herren Kantor Eich und Drechslermeister Borowski zum neugewählten. Für die Prüfung der Jahresrechnung wurden schließlich noch die Herren Goewe und Tarreh gewählt.

(Fleischerinnung.) In der gestrigen Quartalsitzung wurden 8 Lehrlinge zu Gesellen freigegeben, 4 Lehrlinge neu eingeschrieben. Auf Anregung des Herrn Obermeister A. Watarech wurde einstimmig beschlossen, an Stelle der seit 1853 in Gebrauch befindlichen Innungsschne, welche durch Bitterungseinflüsse z. T. total unbrauchbar geworden ist, eine neue Fahne anzuschaffen. Zu diesem Behufe wurde eine Kommission von 5 Herren gewählt, welche in Gemeinschaft mit dem Vorstande die Auswahl und den Ankauf der Fahne zu besorgen haben soll; die fünf Kommissionsmitglieder sind die Herren E. Lindemann, Culmsee, Oberer, Podgorz, Schinauer, Roder, Jankowski-Thorn und Albert Kapp-Thorn. Die Verammlung beschloß ferner, dem hier auf Anregung des Innungsausschusses zu Danzig zur Erlangung eines besseren Zusammenschlusses der Innungen und zur Förderung der gewerkschaftlichen Interessen zu bildenden Innungsausschusses beizutreten.

(Schwurgericht.) Heute führte wieder Herr Landgerichtsrath Wollschläger den Vorsitz. Als Beisitzer fungirten die Herren Landrichter Boelsel und Amtsrichter Rippel. Die Staatsanwaltschaft war durch Herrn Staatsanwalt Krause vertreten. Gerichtsschreiber war Herr Gerichtssekretär Bahr. Von den beiden auf heute anberaumt gewesenem Strafsachen ist die eine gegen den Invaliden Heinrich Nitz aus Stanislawowo-Sluzzewo und den Arbeiter Albert Stange aus Stewen wegen Nothzucht am Morgen verlegt. Heute kam nur die Strafsache gegen das Dienstmädchen Helene Kreuz aus Strasburg wegen Kindesmordes zur Verhandlung. Die Öffentlichkeit war während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Durch den Spruch der Geschworenen wurde die Angeklagte nur der fahrlässigen Tödtung für schuldig befunden. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte, welche durch Herrn Rechtsanwalt Schlee vertheidigt wurde, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Auf diese Strafe wurden 3 Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt angerechnet.

(Marm.) Die hiesige Garnison wurde heute früh in der 6. Stunde durch Signal alarmirt. Im Anschluß daran fand in der Nähe des Bruchkruges eine größere Übung statt.

(Viehmarkt.) Auf dem heutigen Viehmarkt waren aufgetrieben: 329 Ferkel und 41 Schlachttiere. Schweine wurden bezahlt mit 30-32 Mark für magere und 33-34 Mark für fette Waare pro 50 Kilogramm Lebendgewicht.

(Von der Weichsel.) Der Wasserstand der Weichsel bei Thorn betrug heute 1,87 Meter über 0. Windrichtung S. O. Angetrieben ist der Schiffer: Kros, Dampfer „Montauban“ mit diversen Gütern von Danzig nach Thorn. — Abgehahren ist der Schiffer: Witt, Dampfer „Thorn“ mit diversen Gütern von Thorn nach Danzig.

(Vom Schwaffer.) Nach telegraphischer Meldung betrug der Wasserstand bei Warschau heute 1,85 Meter (gegen 1,90 gestern).

Podgorz, 19. April. (Personalien. Unglücksfall.) Herr Garnison-Verwaltungs-Inspektor Schirlekt, der auf dem Schießplatz stationirt ist, ist zum 1. Mai als Garnison-Verwaltungs-Kontrolleur nach Breg (Schlesien) versetzt. — Schon wieder ist ein bedauerlicher Unglücksfall durch einen auf dem Schießplatz gefundenen Funder vorgekommen. Die Arbeiter Kaas und Lewandowski aus Schließelmühle und der Arbeiter Fanelan aus Kottbar machten sich gestern Nachmittag am Schießplatz an einem Funder zu schaffen; das Geschöß explodirte und rissen die auseinander geprengten Theile desselben dem Kaas den ganzen Rücken fort. Lewandowski wurden beide Beine beschädigt und Fanelan erlitt an Brust, an den Hüften und Armen erhebliche Verletzungen. Die Verunglückten wurden mittelst Fuhrwerks nach dem Diakonissenhause nach Thorn geschafft. Der dortige Arzt hat Kaas aufgegeben.

Denkmals zc. zu rechnen seien. Herr Handelskammerpräsident Schwarz hat nachmals, den Termin für den Schluss der Sammlung noch nicht festzulegen. Bei der Abfassung wurde der Antrag des Herrn General v. Reizenstein fast einstimmig angenommen. Damit schloß die allgemeine Besprechung. Herr Amtsgerichtsrath Jacobi berichtete darauf über die Thätigkeit des Ausschusses. Es sind Konzerte und Theateraufführungen veranstaltet worden, welche letztere aber nur sehr schwach besucht waren. Jetzt ist die Viedertafel um die Veranstaltung eines Konzertes gebeten worden. Herr Handelskammerpräsident Schwarz berichtete ferner über den Stand der Kasse, welcher Bericht sich mit der letzten Veröffentlichung der eingegangenen Beiträge deckt. Der Denkmalsfonds beläuft sich zur Zeit auf 11200 Mk. Einige 100 Mk. hat außerdem Herr Oberbürgermeister Dr. Kohn in einem Sparkastenbuch angelegt. Bei der Besprechung über die weiteren Schritte ermahnte Herr Amtsgerichtsrath Jacobi, die Jahresfrist, die nur für die Sammlung noch bliebe, kräftig auszunutzen. Alle Freunde der Sache müßten den Anstoß bei seiner Arbeit unterstützen. Für den Winter sei von militärischer Seite eine Liebhabertheateraufstellung angelegt. Herr Landgerichtspräsident Hausleutner empfahl, nach dem Beispiel in anderen Orten die Unterföschung auswärts wohnender Thurner, die in guter Vermögenslage sind, für die Denkmalsache zu gewinnen. Herr Pfarrer Jacobi vom Denkmalsauschuss dankte für den Hinweis. Erst bei der Göttinger Sammlung habe man gesehen, mit welchen Freuden alte Thurner an ihrer Vaterstadt hängen. Herr Maercker bemerkte, daß der erste Beitrag für das Denkmal, 50 Mk., von einem ehemaligen Offizier der Garnison Thorn gesendet wurde. Der Vorkitzende empfahl dann noch für Donnerstag Abend den Besuch des Rathstellers, wo Bierbränden zweier Brauereien zum Besten des Kaiser Wilhelm-Denkmal zum Zuschau kommen. Schließlich wurde noch die Platzfrage für das Denkmal erörtert, ohne daß jedoch diese Erörterung irgend ein Ergebnis hatte. Herr Amtsgerichtsrath Jacobi: Der Wilhelmplatz würde sich sehr gut eignen, er sei nur etwas entlegen. Den Platz vor der Kirche finde Herr Meher für sehr gut. Am Rathshaus, vor der altstädtischen Kirche dürfte aber das Denkmal vielleicht mehr im Sinne der Bürger liegen. Herr General v. Reizenstein: Wenn die Weichselmauer niedergelegt würde, gebe die Bankstraße einen guten Platz. Herr Stadtmann Maercker: Herr Stadtmann Schulze sei dafür gewesen, den Denkmal einen Platz am alten Schloß zu geben. Auch der Platz am Bromberger Thore könnte in Frage kommen. Herr Generalmajor Rasmussen bemerkte, die Aufstellung eines Reiterstandbildes würde auf dem Wilhelmplatz kaum möglich sein, denn auf der Seite gegenüber der Kaserne könnte man es doch nicht aufstellen, wenn auch Kaiser Wilhelm I. gewiß ein Soldatenkaiser gewesen sei. Um 10 Uhr erfolgte der Schluss der Sitzung.

(Personalveränderungen in der Garnison) von Kettberg, Oberleutnant im 3. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 162, als Adjutant zum Gouvernement von Thorn kommandirt; Pohlmann, Major im Infanterie-Regiment Nr. 15, unter Stellung à la suite des genannten Regiments, zum Direktor der 1. Artillerie-Depot-Direktion in Posen ernannt; Studensmidt, Oberleutnant im Infanterie-Regiment Nr. 11, als Adjutant zur 4. Infanterie-Brigade in Straßburg i. E. kommandirt; Schenckmeyer, Hauptmann im Infanterie-Regiment Freier Hillen von Gaertringen (4. Posensches) Nr. 59 und Adjutant des Gouvernements von Thorn, der Abschied bewilligt. Dähne, Major im Stabe des Infanterie-Regiments Nr. 15, zum Bataillonskommandeur ernannt; Sauer, Hauptmann im Infanterie-Regiment Nr. 15, zum Major befördert.

(Gottesdienst für Taubstumme.) Herr Pfarrer Jacobi, welcher vor einiger Zeit einen mehrtägigen Kursus an der Taubstummen-Anstalt zu Marienburg absolviert hat, um sich die Umgangssprache anzueignen, wird hier in Thorn, am Sonntag den 23. d. Mts. nachmittags 2 Uhr im Konfirmandenzimmer des Altstädtischen evangelischen Pfarrhauses, Bäderstraße Nr. 20 einen Gottesdienst für evangelische Taubstumme abhalten. Es ist dies der erste Gottesdienst dieser Art, welcher in Thorn für Taubstumme abgehalten werden wird. Im Interesse der guten Sache und des für sorgfältigen Bemühens des Herrn Pfarrer Jacobi werden sämtliche in Thorn und Umgegend anständige evangelische taubstumme Personen gebeten, zu diesem Gottesdienste vollständig zu erscheinen, denn von der Zahl der Erschienenen wird die Beibehaltung dieser Gottesdienste abhängig sein.

(Sitzung der Thurner Handelskammer vom 18. April.) Der Vorsitzende begrüßt zunächst die aus den neu angegliederten Kreisen Culm, Wiesen, Strasburg und Löbau erscheinenden Mitglieder und spricht die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken aus, welche bei der vorhandenen Gemeinsamkeit der Interessen sicherlich zu erwarten sei. Die Handelskammern seien zwar in der Hauptsache nur beratende Körperschaften, doch könnten sie, falls sie ihre Aufgaben stets eifrig und sachlich zu lösen suchen und immer die Förderung des Gemeinwohls im Auge haben würden, höchst segensreich für ihre Bezirke wirken. Er bittet die älteren Mitglieder, sich zur Begrüßung der Neueingetretenen von ihren Plätzen zu erheben, wofür in deren Namen Herr Brauereibesitzer Bauer aus Briesen dankt.

Zur Kenntnis der Kammer wird sodann eine Mitteilung des Handelsministers gebracht, wonach im Interesse deutscher Gläubiger künftig im nichtamtlichen Theile des deutschen Reichsanzeigers unter der Rubrik Handel und Gewerbe regelmäßige Mitteilungen über die in Serbien, Rumänien, Bulgarien, Galizien und der Ostwolina eintretenden Kontursfälle zur Veröffentlichung kommen werden. — Infolge eines Sitzungsbeschlusses der Vereinigung der östlichen Handelskammern haben die Kammern zu Breslau und Posen eine an den deutschen Handelstag gerichtete Eingabe über eine Verbilligung der Preßtelegraphen ausgearbeitet. Die Breslauer Handelsvertretung soll ermächtigt werden, auch die Unterchrift der diesigen Kammer unter den Antrag zu setzen. — Durch die Erweiterung der Handelskammer ist eine Abänderung des Wahlstatuts nötig geworden. Der vorgelegte Entwurf wurde genehmigt und ist nun dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe gemäß

Mannigfaltiges.
(Abstruz einer Kirchenglocke.)
Mittwoch Nachmittag kürzte vom Thurm der Simeonskirche in Berlin die große Glocke herab. Die Ursache des Herabsturzes ist noch unbekannt. Glücklicherweise sind keine Personen verletzt worden.
(Ueber einen Giftmord) wird aus Newyork berichtet: Miß Cora Tanner, eine gefeierte Schauspielerin in Omaha, empfing dieser Tage einen prachtvollen Blumenstrauß und eine elegante Bonbonniere. Sie roch an den köstlichen Blumen und aß einige der Bonbons. Bald darauf verlor sie das Bewußtsein und liegt nunmehr im Sterben. Man fand, daß Blumen und Bonbons mit Blausäure getränkt waren.

Neueste Nachrichten.
Weimar, 19. April. Der Kaiser traf heute Nachmittag 2^{1/2} Uhr auf dem Bahnhofe ein und wurde von dem Großherzog empfangen, der mittags hier angekommen war. Nach der Vorstellung des beiderseitigen Gefolges begaben sich die hohen Herrschaften in offenen Wagen nach der Kunstschule.
Düsseldorf, 19. April. Heute Mittag erfolgte in der bei Gerresheim gelegenen Fabrik für Feuerwerkskörper von Keil eine Explosion, durch welche der Besitzer und drei Arbeiterinnen getödtet wurden.
Wien, 20. April. Gestern Abend brach in einem isolirten Theile der Reiter-Kaserne ein Dachfeuer aus. Die alarmirten Mannschaften arbeiteten angestrengt mit der Feuerwehr, bis schließlich um 1 Uhr in der Nacht die Dämpfung des Feuers gelang.
Rosenthal, 20. April. Heute Morgen fand eine Dampfkessel-Explosion statt, wobei 7 Personen ums Leben kamen.
Madrid, 19. April. Aus Manila wird gemeldet: Ein aus der Gefangenschaft der Tagalen entwichener Spanier erzählte, die Aufständischen hätten 50 000 Gewehre, 200 Kanonen und genügende Munition zu ihrer Verfügung. — Im Innern des Landes sei alles ruhig, die Feldarbeiten würden besorgt, Lebensmittel seien in reichlichem Maße vorhanden.
Paris, 19. April. Graf Münster will sich nächsten Sonnabend nach Monaco begeben, um als Vertreter des Kaisers an der am 25. d. stattfindenden Eröffnungsfest eines oceanographischen Museums theilzunehmen.
Paris, 19. April. Die vereinigten Kammern des Kassationshofes hielten heute nachmittags unter dem Vorsitz Mazeaus eine Sitzung ab und prüften mit Anschluß der Öffentlichkeit verschiedene Fragen hinsichtlich des Verfahrens in der Dreifusangelegenheit. In den Wandelgängen des Justizpalastes ist das Gerücht verbreitet, daß der Kassationshof Ende des Monats das Urtheil fällen werde.
Newyork, 19. April. Der „Newyork Herald“ meldet aus Buenos-Ayres: Die Ortshaften Binchina und Serquel in der argentinischen Provinz Rioja sind durch ein Erdbeben zerstört worden. Viele Personen wurden getödtet. Durch Eruptionen des Vulkan Umango in der Nähe von Binchina wurde großer Schaden angerichtet.
Washington, 20. April. Der deutsche und amerikanische Kommissar sind heute nach Samoa abgereist.
Washington, 19. April. 14 000 Mann reguläre Truppen gehen heute zur Verstärkung des Generals Merritt nach Manila ab.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Wartmann in Thorn

Telegraphischer Berliner Börsebericht.
[20. April 19. April]

Land-Fonds Börse: fest.		
Russische Banknoten v. Kaspa	216-25	216-15
Barschan 8 Tage	215-95	215-90
Oesterreichische Banknoten	169-70	169-60
Preussische Konsols 3 1/2 %	92	92
Preussische Konsols 3 1/2 %	100-60	100-60
Preussische Konsols 3 1/2 %	100-50	100-50
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2 %	92	92
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2 %	100-40	100-50
Westf. Pfandbr. 3 1/2 % neu. II.	89-75	90-25
Westf. Pfandbr. 3 1/2 %	98	97-80
Posener Pfandbriefe 3 1/2 %	98-10	98-20
	101-60	101-80
Polnische Pfandbriefe 4 1/2 %	100-30	100-25
Flr. 1 % Anleihe C	27-90	27-90
Italienische Rente 4 1/2 %		
Ruman. Rente v. 1894 4 1/2 %	92-20	92-10
Diskon. Kommandit-Anttheile	195-30	195-10
Harpener Bergw.-Aktien	193-60	193-80
Nordb. Kreditanstalt-Aktien	127	126-80
Weizen: Loko in Newyork Dttb.	84 1/2	83 1/2
Spiritus: 50er Loko		
70er Loko	40-10	40-20
Bank-Diskon 4 1/2 % Et. Lombardinsfuß 5 1/2 % Et.		
Privat-Diskon 4 1/2 % Et. Lomboner Diskont 3 1/2 % Et.		

Berlin, 20. April. (Spiritusbericht.) 70er 40,10 Mk. Umsatz 125 000 Liter.

Pünigberg, 20. April. (Spiritusbericht.) Zufuhr 5000 Liter. Tendenz: fest. Loko 40,30 Mk. Ob. April 40,20 Mk. Ob., Frühjahr 40,20 Mk. Ob., Mai 40,20 Mk. Ob., August 42,00 Mk. Ob.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 19. April 1899. 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Boffe.

Das Abgeordnetenhaus hielt heute einen Schwereinstag ab. Auf der Tagesordnung standen zwei die Volksschulverhältnisse betreffende Anträge. Die freikonservative Partei fordert in ihrem Antrage die Vorlegung eines die Unterhaltungsbedingungen für öffentliche Volksschulen regelnden Gesetzes. Die konservative Partei dagegen beantragt in der Erwägung, daß die Regelung der hier berührten Materie sehr wichtig, andererseits aber auch noch andere, gleich wichtige Schulfragen ihrer gesetzlichen Regelung harren, die Vorlegung eines allgemeinen Volksschulgesetzes, das den konfessionellen Charakter der Volksschule, sowie die Rechte der Eltern und Gemeinden aufrecht erhält und sichert.

Erster Redner war der Antragsteller des freikonservativen Antrages, Abg. Reinecke, der zur Begründung auf die wiederholten vergeblichen Versuche zur Durchbringung eines allgemeinen Volksschulgesetzes hinwies. In Anbetracht der Ausichtslosigkeit eines solchen Gesetzes und in der weiteren Erwägung der Wichtigkeit der Regelung der Schulunterhaltungsbedingungen habe seine Fraktion sich zur Einbringung dieses Antrages entschlossen. Er könne deshalb nur bitten, die Frage der Unterhaltungsbedingungen unabhängig von einem allgemeinen Volksschulgesetz zu erledigen.

Im Gegentheil hierzu erklärte der konservative Abg. v. Seydewitz, daß der konfessionelle Charakter der Volksschule gewahrt werden müsse und daß sehr wohl ein Weg gefunden werden könne, der diese wichtige Frage einheitlich und im Zusammenhang regelt. Der Schule fehle eine gewisse Stabilität. Vor allem müßten der konfessionelle Charakter, die Rechte und Pflichten der Eltern und Gemeinden gesetzlich festgelegt werden. Er richte deshalb an den Minister die dringende Bitte, auf diesem wichtigen Gebiete die Initiative zu ergreifen, an der Mitarbeit seiner Partei werde es nicht fehlen. (Sehr lebhaft Beifall.)

Abg. Seidel-Girsberg (natl.) befürwortet den konservativen Antrag und wendet sich gegen die Vorlegung eines allgemeinen Volksschulgesetzes, weil die Erfahrungen des Jahres 1892 gelehrt hätten, daß ein solcher auf eine Mehrheit nicht zu rechnen habe und nur dazu führen könnte, die Gegensätze zu verschärfen und weite Volksschichten zu beunruhigen.

Abg. Winkler (kons.) befürwortet den Antrag seiner Partei und seine Überweisung an eine Kommission. Mit der Abgrenzung der Schulklassen für die bürgerlichen Gemeinden müßte gleichzeitig die Frage der staatlichen Unterstützung geregelt werden. Die diesbezüglichen Fragen seien aber so schwieriger Natur, daß eine Kommissionsberatung dringend notwendig erseheine.

Abg. Richter (fr. Weg.) Die Konservativen wollen offenbar die notwendige, ihnen aber unbehagene Forderung eines Volksschulgesetzes mit einem Schullastengesetz à la Jedlich verknüpfen. Damit würden sie aber nur dieselbe Bewegung entfesseln, die sie im Jahre 1892 entfacht haben. Der freikonservative Antrag sei ihm durchaus sympathisch.

Abg. Büsch (freikons.) Der Mangel eines Schullastengesetzes werde allgemein so schwer empfunden, daß die Regierung zweifellos die Summe bewilligt erhalten wird, die sie zur Regelung dieser Materie braucht. Er bitte die Konservativen, von ihrem Antrage abzusehen, da er die Erreichung des nächsten Zielsetzungs erichert.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) äußert sich in demselben Sinne, während

Abg. Dr. Borisch (Str.) den konservativen Antrag unterstützt. Es handle sich um die Erfüllung des Artikels 26 der Verfassung, der die einheitliche Regelung des Volksschulwesens vorschreibt. Der konfessionelle Charakter der Volksschule müsse festgelegt werden, unser christliches Volksschulwesen dürfe nicht abhängig sein von der jeweiligen Strömung im Kultusministerium. Die wissenschaftliche Ausbildung leide unter dem konfessionellen Charakter der Volksschule nicht. Durchaus falsch und innerlich unwahr seien die Schlagworte gewesen, mit denen man den Bedingungs Entwurf bekämpft und die öffentliche Meinung erregt und verbittert habe. Weisfall rechts und im Zentrum.) Kommen Sie uns doch nicht immer (nach links gewendet) mit Bräsen über ein Aitewat der Ungebildeten auf die Volksschule. Prüfen Sie die Fragen ruhig und objektiv, dann werden wir uns verständigen.

Minister Dr. Boffe: Das Staatsministerium kann sich zu den Anträgen natürlich erst schlüssig machen, wenn sie angenommen werden sollten. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß ich den Erlass eines Schulunterhaltungsobligationsgesetzes für eine dringende Notwendigkeit halte, der sich das Staatsministerium nicht entziehen kann. Allerdings ist die Regelung der Materie äußerst schwierig. Was nun das allgemeine Volksschulgesetz betreffe, so erkläre er rund heraus, er sei kein Gegner der konfessionellen Volksschule. In den letzten Jahren seit der Katastrophe des Bedingungs Entwurfs hätten sich die Meinungen so geändert, daß verfassungsmäßig und thatsächlich die Konfessionellität der Volksschule die Regel ist. Aber es sei nicht angebracht, die großen Streitfragen von neuem aufzurollen.

Nach weiterer Erwägung wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag auf Kommissionsüberweisung mit 117 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten die Konservativen und das Zentrum. Mit derselben Mehrheit wurde der konservativere Antrag angenommen und der freikonservative Antrag abgelehnt.

Nächste Sitzung Freitag Mittag 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf betreffend Dienstleistung der Kreisärzte.

Schluß 3¹/₂ Uhr.

Deutscher Reichstag.

69. Sitzung am 19. April. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Graf Posadowsky.

Der Reichstag begann heute bei wiederum schwach besuchtem Hause die erste Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung, die eine Reihe von Veränderungen der Gewerbeordnung vorschlägt, unter anderem die Konzeptionspflicht für Gesindevermietther und Stellenvermittler, die Regelung der Arbeitszeit in der Konfektionsbranche, für die Angestellten im Handelsgewerbe. Des weiteren werden Bestimmungen vorgeschlagen für den Geschäftsbetrieb der Handwerker, Rückkaufhändler, Auktionatoren und Bücherreviseure. Gleichzeitig mit der Vorlage werden zwei nationalliberale Anträge zur Verabredung gestellt, die die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze auf die Hausindustrie, die Regelung des Kellnerinnenwesens, der Kündigungsfristen für kaufmännische Angestellte und dergleichen vorschlagen.

Abg. Frhr. Sehl zu Herrnsheim: Die gegenwärtige Vorlage bleibt hinter den Wünschen des Hauses zurück, deshalb habe seine Partei sich entschlossen, durch Einbringung eigener Anträge das Fehlende zu ergänzen. Vor allem seien Bestimmungen zum Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen notwendig, wie sie die Beratungen bei Gelegenheit des Konfektionsarbeiterstreiks ergeben haben. Seine Vorschläge schloßen sich an die ausländische Gesetzgebung an, die sich sehr gut bewährt haben. Daß auch die Dienstverhältnisse der Kellnerinnen eine Regelung bedürfen, brauche er nicht erst nachzuweisen. Redner schließt mit der Bitte auf Ueberweisung der Anträge sowie der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Basser mann (nl.) weist als zweiter Antragsteller auf die Nothwendigkeit hin, das Dienstverhältnis der Angestellten im Handelsgewerbe, Kündigungsfrist u. s. w. gesetzlich zu regeln, soweit die betreffenden Angelegenheiten nicht den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches unterstellt sind. Er rede der Einführung eines allgemeinen 9-Uhr-Ladenschlusses nicht das Wort und billige durchaus den Vorschlag der Vorlage, der dahin geht, daß auf Antrag der Beteiligten ein allgemeiner Ladenschluß für eine bestimmte Stunde eingeführt werden könne. Redner schließt gleichfalls mit der Bitte auf Ueberweisung der Anträge an eine Kommission.

Staatssekretär Graf Posadowsky legt zunächst die Entstehungsgeschichte der Vorlage dar. Was die vorgeschlagene Konzeptionspflicht für Stellenvermittler und Gesindevermietther betreffe, so seien sehr arge Mißstände zu Tage getreten, die einen gesetzgeberischen Eingriff notwendig machten. Bei Besprechung der Thätigkeit der Theateragenten sei im Hause ausdrücklich festgelegt worden, daß sich Schauspieler und Schauspielereinnen den Theateragenten gegenüber in einer Art Selbständigkeit befänden. Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie, die Abg. v. Sehl verlange, könne nur durch eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz erfolgen. Die Erfahrungen mit der Bäckereiverordnung hätten die Regierung veranlaßt, für die Angestellten im Handelsgewerbe nicht eine Maximalarbeitszeit, sondern eine Mindestruhezeit einzuführen. Die Regierung hält eine solche von zehn Stunden auch für die großen Städte für ausreichend. Er könne das Haus nur bitten, in dieser Beziehung nicht weiter zu gehen. Die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze auf die Hausindustrie, wie der Antrag Sehl das wolle, sei bedenklich, habe doch erst gestern der Vorschlag, die Hausbeschlachtungen unter Kontrolle zu stellen, einen Sturm der Entrüstung entfacht. Gerade bei dieser Materie müßte sich in der Beschränkung der Meister zeigen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Np.): Die Anträge der Nationalliberalen gingen zu weit; jedes Nachstüben, indem eine Näherin mit einer Nähmaschine sitzt, wird als Werkstätte angesehen werden müssen. Das würde selbst der eifrigste Sozialdemokrat nicht wollen. (Sehr lebhaft.) Die Vorlage der Regierung entspreche dagegen den Wünschen seiner Partei. Das beste wäre, wenn die Antragsteller ihre weitergehenden Anträge zurückstellen, damit das Zustandekommen der Vorlage nicht erschwert werde.

Abg. Pannusch (Soz.) bekämpfte die Vorlage in allen Punkten, auch die Konzeptionspflicht für Gesindevermietther und die Regelung der Arbeitszeit für die Angestellten. Nach weiterer Debatte, an der sich die Abg. Jacobsohn (kons.) und Pannusch (Soz.) beteiligten, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag Mittag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5¹/₂ Uhr.

Samoa.

Die Mitglieder der Samoa-Kommission beabsichtigen, wie „Reuters Bureau“ aus Washington meldet, ungefähr vier Monate auf Samoa zu bleiben und dann zusammen nach Washington zurückzukehren, wo der gemeinsame Schlußantrag abgefaßt werden soll.

Ueber die Verluste der Engländer und Amerikaner während des jüngsten Gefechtes liegen jetzt bestimmte Angaben vor. Danach sind die drei Kreuzer „Tauranga“, „Royalist“ und „Porpoise“ mit 1 Offizier und 2 Mann als tot und 2 Mann als verwundet bezeichnet, während die Verluste des großen amerikanischen Kreuzers „Philadelphia“ 2 Offiziere, 2 Mann tot und 5 Mann verwundet betragen.

Der in amerikanischen Blättern jetzt gebriefene Kontreadmiral Raus wurde am 29. Januar 1839 in Ohio geboren und trat 1854

als Kadett in die amerikanische Marine ein. Im Sezessionskriege gerieth er zuerst in die Gefangenschaft der Südstaaten, wurde aber dann ausgewechselt und nahm 1862 und 63 an der „Hartford“, dem Flaggschiff Farragut's, mit Auszeichnung an dessen Kämpfen theil. 1872 wurde Raus zum Kommandeur, 1885 zum Kapitän und vor einigen Monaten zum Kontreadmiral und Chef der Station im Stillen Ozean befördert.

Nachträglich laufen auch noch einige russische Pressstimmen zur Rede des Staatssekretärs von Wilow ein, deren hohe Bedeutung man allseitig anerkennt. So meint die „Nowoje Wremja“, die Antwort des Staatssekretärs, nach welcher Deutschland die unverkürzte Aufrechterhaltung seiner vertragsmäßigen Rechte als nationale Ehrensache betrachte, werde England im Grunde genommen nicht gefallen. Wenn die englische Presse die Rede auch sympathisch bespreche, so seien die Ausführungen des Herrn von Wilow als ein Zeichen für die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht ohne Wichtigkeit. Aus denselben gehe hervor, daß die deutsche Regierung nicht die geringste Neigung habe, zum Schaden ihrer eigenen Interessen England zu Willen zu sein. Dies beweise aber auch, daß jene völlige Uebereinkunft zwischen London und Berlin, mit welcher die englische Presse zu prahlen liebe, nicht bestehe. Dies sei in der Rede zweifellos von größtem Interesse. Das „Journal de St. Petersbourg“ bemerkt, die Antwort zeichne sich sowohl durch die Festigkeit in Bezug auf die deutschen Rechte und Interessen, als auch durch den Wunsch aus, die Tragweite des Zwischenfalles nicht zu hoch anschlagen zu lassen.

Provinzialnachrichten.

Schwes, 17. April. (Selbstmord.) Das Dienstmädchen Th., das sein neugeborenes Kind erschlagen hat, erhängte sich heute im Krankenhaus.

Totalnachrichten.

Zur Erinnerung. Am 21. April 1782, vor 117 Jahren, wurde zu Oberweißbach in Schwarzburg-Rudolstädten Friedrich Fröbel geboren, der tiefinnigste und begabteste Schullehrer der Welt. Mit wahrer Genialität und unübertrefflichem Verstand hat er sich in die Kindesjahre zurückgedacht. Die bekannteste Frucht seiner Thätigkeit, die ganz in der Lösung: „Kommt, laßt uns unseren Kindern leben“ aufging, liegt in den „Kindergärten“, welche der eigentlichen Volksschule vorangehen sollen. Fröbel starb am 21. Juni 1852 bei Liebenstein i. Th.

Thorn, 20. April 1899.

(Stadtverordnetenversammlung.) Gestern Nachmittag 3 Uhr fand eine Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt. Anwesend waren 28 Stadtverordnete. Den Vorsitz führte Herr Stadtverordneter Professor Boettke. Am Tische des Magistrats die Herren Bürgermeister Stachowicz, Syndikus Reich und Stadtrathes Krivos, Zilk, Dietrich und Vorowski. Nach Eintritt in die Tagesordnung gelangen zunächst die Vorlagen des Verwaltungsausschusses zur Verabredung, für welche Stb. Henkel referirt. 1. Zur Inkandiesung und Bepflanzung des Schulhofes der vierten Gemeindeschule werden 239,85 Mark bewilligt. 2. Gehalt der hiesigen Elektrizitätswerke um Ermäßigung des Wasserzinses für das zu Betriebszwecken erforderliche Wasser. Die Ermäßigung wird in der Höhe genehmigt, daß für eine Wassermenge von 2-10000 Kubikmetern 18 Pf. und darüber hiuans 10 Pf. für den Kubikmeter berechnet werden soll. Einem Zusatzantrage des Stb. Cohn gemäß wird die Ermäßigung wiederum beschlossen. 3. Prüfung der Schulgebäude an den hiesigen gehobenen städtischen Schulen. Vom Ausschuss war die Frage angeregt, ob nicht eine Erhöhung des Schulgeldes an den gehobenen städtischen Schulen thunlich ist. Der Magistrat hat darauf eine Aufstellung der Schulgebäude an den gehobenen Schulen einer Reihe von Städten, wie Elbing, Graudenz und Danzig etc. gemacht, welche ergibt, daß in Thorn kein niedrigeres, sondern eher schon ein höheres Schulgeld erhoben wird. Aus diesem Grunde hält der Magistrat dafür, daß von einer Erhöhung des Schulgeldes wohl abzusehen sei. Die Schuldeputation ist hierzu der Ansicht, daß sich für die Knabenmittelschule und die Mädchen-Vergewaltigung die Erhöhung des Schulgeldes der auswärtigen Schüler empfehle. Der Magistrat ist gegen diesen Vorschlag, weil die finanzielle Wirkung dieser Erhöhung eine nur minimale sein würde. Bei der Vorberathung der Sache im Ausschuss wurde angeführt, daß es unter den auswärtigen Schülern der gehobenen Schulen 201 gebe, welche hier nicht in Pension sind. Würde von diesen 10 Mark mehr erhoben, so mache das eine Summe von 2000 Mark jährlich aus, die jetzt ausfalle. Mit Rücksicht hierauf beantragt der Ausschuss, die Vorlage an den Magistrat zurückzugeben, damit derselbe nochmals prüfe, ob nicht doch eine Erhöhung des Schulgeldes an den gehobenen Schulen für solche auswärtige Schüler sich empfiehlt, die hier nicht in Pension sind. Stb. Uebrecht: Eine Erhöhung des Schulgeldes an den gehobenen Schulen allgemein habe man im Ausschuss keineswegs gewollt, denn man habe nicht die Absicht, die Bürger zu belasten, welche mehr Kinder haben. Mit Graudenz und anderen Städten könne man Thorn in dieser Frage nicht vergleichen,

weil bei uns bei dem Schulbesuch noch andere Kommunen in Betracht kommen, die Vororte bilden, nämlich Moser und Bogorz. Verpflichtet sei unsere Stadt nicht, höhere Schulen zu halten; unserer Bürger wegen haben wir uns die Last aufgebürdet, nicht aber für die Nachbargemeinden. Die Nachbargemeinden sparen dadurch, daß sie solche Schulen nicht zu errichten brauchen. Es komme oft vor, daß wegen der auswärtigen Schüler eine Klasse getheilt und dann ausgemietet werden müsse, und hätten wir jetzt nicht in der Zwangslage, ein neues Schulgebäude bauen zu müssen. Ziehe man alles das in Erwägung, so werde man dazu kommen, die Erhöhung gerechtfertigt zu finden. Mit dem Vorschlage von 10 Mark habe der Ausschuss die Erhöhung noch nicht gleich festlegen wollen. Bürgermeister Stachowicz: Der Magistrat habe geglaubt, daß man nicht über die jetzigen Schulgebäude hinausgehen solle, da sie nicht niedriger wie in anderen Orten seien. Der Vorschlag der Schuldeputation sei auf eine Erhöhung von sechs Mark gegangen; das würde bei 200 auswärtigen Schülern nur 1200 Mark, also nicht viel gemacht haben. Schließe sich die Versammlung der Meinung des Ausschusses an, daß man eine Erhöhung des Schulgeldes um 10 Mark vornehme, so werde sich der Magistrat aber dagegen wohl nicht sträuben. Auf eine Bemerkung des Stb. Cohn ergänzt Stb. Uebrecht seine Ausführungen, daß der Ausschuss bei der Schulgebäude-Erhöhung die höhere Töchterschule nicht ausnehmen wolle. Diejenigen auswärtigen Schüler, welche hier in Pension sind, sollen von der Erhöhung freibleiben, weil von diesen den hiesigen Bürgern ja schon Vortheile zu Gute kommen. Der Ausschussantrag wird angenommen. 4. Mietvertrag über das Zwingergrundstück Neustadt Nr. 322. Herr Brauereibesitzer Horwitz, welcher das Grundstück bis 1901 in Pacht hat, ersucht darum, daß der Mietvertrag auf Herrn Dampfmaschinenfabrikant Gerion übertragen werde. Herr G. wünscht Verlängerung des Vertrages um weitere 5 Jahre. Der Magistrat beantragt, eine Weiterverlängerung des Vertrages um 2 Jahre zu genehmigen. Die Versammlung stimmt dem zu. Die Jahrespacht beträgt 600 Mark. 5. Gewährung einer Zulage von 0,25 Mark pro Mann an die Mannschaften der Nachfeuerwache. Die Mannschaften der Nachfeuerwache sind um eine Erhöhung ihrer Entschädigung eingekommen, welche pro Nacht 1,25 Mark beträgt. Die Sicherheitsdeputation empfiehlt eine solche um 70 Pf. Der Magistrat beantragt eine Erhöhung um 25 Pf. auf 1,50 Mark. Die Versammlung genehmigt den Magistratsantrag. 6. Vertrag über die Unterhaltung der Feueralarmapparate. Herr Mechaniker Gieseler ersucht, ihn von dem Vertrage zu entbinden, in den Herr Uhrmacher Raus einzutreten bereit sei. Während Herr G. eine monatliche Vergütung von 12 Mark erhielt, soll Herr R. eine solche von 13,50 Mark erhalten. Die Versammlung ertheilt ihre Zustimmung. 7. Gewährung einer persönlichen Zulage von 80 Mark pro Jahr an den Probenehmer Lewandowski im Schlachthause. Der Magistrat stellt den Antrag, nachdem Herr L. um eine Erhöhung seiner Bezüge mit dem Hinweis darauf eingekommen, daß er jetzt viel mehr als früher zu thun habe und die Unterbeamten jetzt sämtlich Wohnungsgeldzuschuß erhalten haben. Die Versammlung genehmigt die Zulage. 8. Befehung der zweiten Maschinenkelle im Schlachthause. Da die Befehung jetzt nöthig geworden, soll die zweite Maschinenkelle für die Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober d. Js. durch den Schlosser Witolla besetzt werden, welcher ein Gehalt von 900 Mark bezieht. Die Versammlung stimmt dem zu. 9. Der Materialenverwalter Schmidt bei der Gasanstalt ist seit längerer Zeit krank. Der Magistrat beantragt, ihm für April das volle Gehalt zu geben und ihm vom 1. Mai ab in den Ruhestand zu versetzen unter Gewährung einer jährlichen Unterstüzung von 450 Mark. Aus der Altersversicherung erhält Sch. 150 Mark. Eine anderweite Befehung der Stelle wird erfolgen. Die Versammlung genehmigt den Magistratsantrag. 10. Regelung der verlängerten Wilhelmstraße am Wilhelmplatz. Von der Fortifikation war früher in Aussicht gestellt worden, daß von Seiten des Militärstützpunktes ein Beitrag von 5000 Mark für die Verbreiterung der verlängerten Wilhelmstraße durch Anlage von Promenadenwegen geleistet werden würde. Jetzt ist ein ablehnender Entscheid des Kriegsministers eingegangen, wonach der Militärstützpunkt zwar das Terrain zur Verbreiterung abtreten wolle, aber irgendwelche Kosten nicht übernehmen, er wolle die verlängerte Straße nur 5 Jahre unterhalten. Für den Truppenaufstellungsplatz an der Garnisonkirche wurde sich der Militärstützpunkt das Benutzungsrecht, da es möglich sei, daß derselbe noch für militärische Bauten verwendet werde; auch dem öffentlichen Verkehr könne derselbe nicht übergeben werden. Der Magistrat macht von der kriegsministeriellen Nichtbestätigung des Vertrages Mitteilung. Die Sache wegen Verbreiterung der verlängerten Wilhelmstraße durch Anlage von Promenadenwegen sei nun als gescheitert anzusehen, und man könne die Verhandlungen darüber mit der Militärbehörde abbrechen. Magistratsseitig wird jedoch der Militärbehörde wiederholt zum Ausdruck gebracht werden, daß der Truppenaufstellungsplatz an der Garnisonkirche den Beschränkungen des Bauvorsatzgesetzes unterliegt, daß eine Bebauung desselben nicht statthaft und der Platz dem öffentlichen Verkehr nicht ohne Grund werde entzogen werden. Die Versammlung nahm hiervon Kenntnis. Es folgt die Verabredung der Vorlagen des Finanz-Ausschusses; Referent Stb. Uebrecht. 1. Von der Bescheinigung, daß ausgelagerte Wertpapiere bei der Kammereverwaltung nicht vorhanden sind, wird Kenntnis genommen, ebenso 2. von den Protokollen über die monatlichen Revisionen der Kammereinkasse und der Kasse der Gas- und Wasserwerke vom 29. März d. Js. — Genehmigt werden 3. die Ueberweisung von

